Heft 7/8-2018 | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz

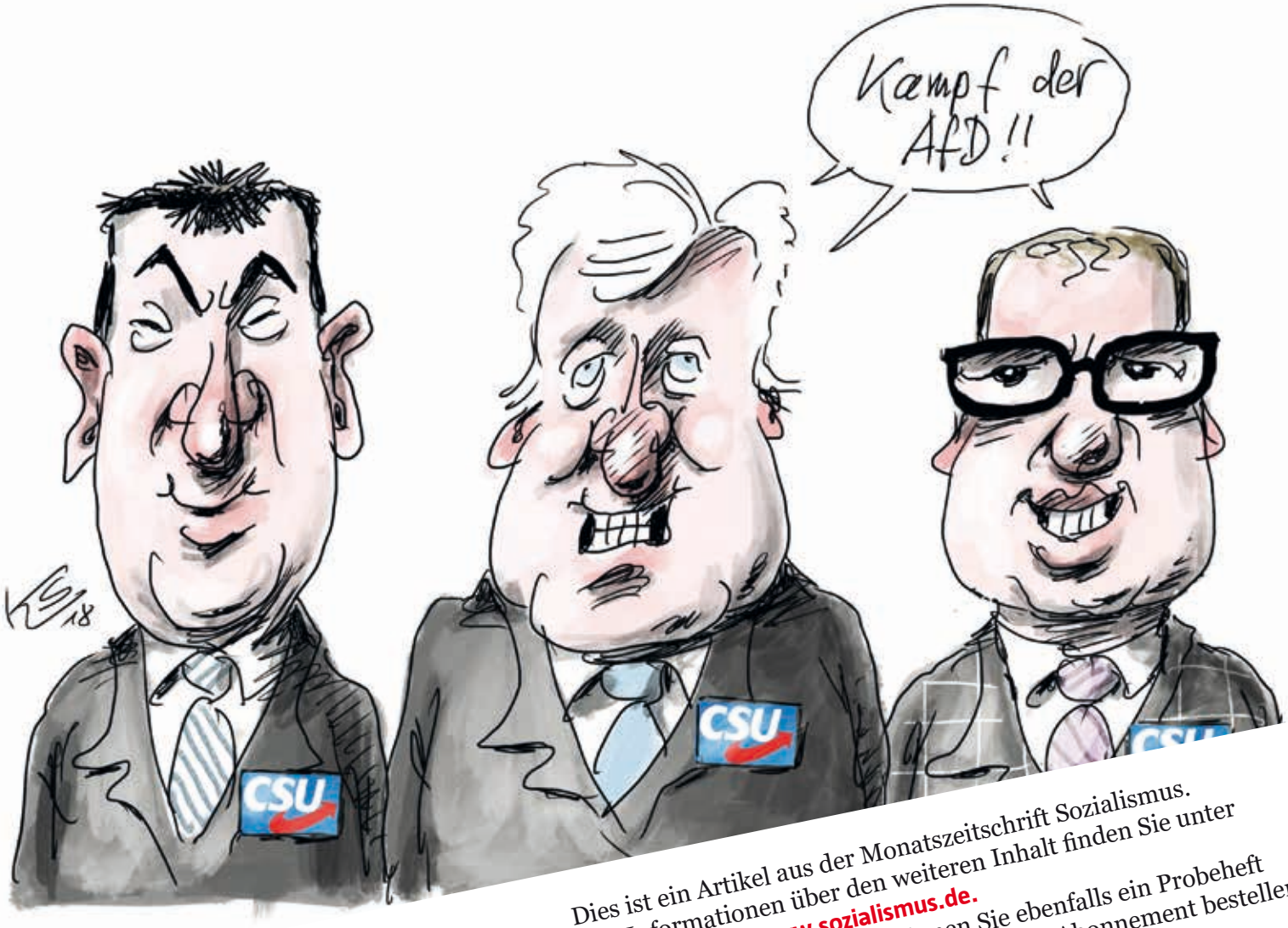
Michael Schwemmle: Digitalisierung der Arbeit

C. Ehlscheid/D. Neumann: Neue Rentenkommission

Forum Gewerkschaften

Mit Beiträgen u.a. von

Klaus Dörre, John P. Neelsen, John McDonnell, Hinrich Kuhls, Benedikt Behrens, Johannes Schulten, Bernhard Sander, Joachim Bischoff, Bernhard Müller



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Weiche Landung?

Mit dem Abschluss der jüngsten Verhandlungsrunde endet das dritte Hilfsprogramm am 20. August. Griechenland erhält einen Sicherheitspuffer für die Refinanzierung über die Finanzmärkte, muss weitere Troika-Kontrollen akzeptieren. ...

Trump eröffnet Trade war

Die USA verhängen Zölle gegen wichtige Handelspartner wie Kanada, Mexiko, China und die EU. Die betroffenen Länder reagieren und greifen zu ihrerseits Vergeltungsmaßnahmen. Worin wird der Trade war münden? ...

»Frische hohe Stufe der sich entfaltenden Revolution«

Die Bilder vom Handschlag zwischen Donald Trump und Kim Jong-un sind in die Geschichte eingegangen. Das Treffen in Singapur zeugt vor allem vom Wandel in Nordkorea, der von einer wirtschaftlichen Öffnung begleitet ist. Folgt nun Pjöngjang auf dem chinesischen Pfad Richtung eines »modernen Staatskapitalismus«? ...

Heft Nr. 7-8 | Juli/August 2018 | 45. Jahrgang | Heft Nr. 431

Multipolare Weltordnung?

John P. Neelsen: Sackgasse neoliberale Globalisierung. Zwischen Krise und Krieg: Determinanten der Geopolitik in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts .. 2

Friedrich Steinfeld: Joschka Fischer, der Abstieg des Westens und der Aufstieg des Rechtspopulismus 10

Wolfgang Müller: Die Unterklasse der sozialistischen Marktwirtschaft Chinas Arbeitsmigranten 13

Benedikt Behrens: Mexiko – das endgültige Ende der »Institutionalisierten Reform«? 19

»Steh auf, Europa«

Bernhard Sander: Macron – Präsident der Reichen »für ein Europa, das die Europäer schützt« 22

Joachim Bischoff: Italien – populistischer Aufbruch oder Comeback der Euro-Schuldenkrise? 29

John McDonnell: Gemeinsam regieren. Transformative Politik und kollektives Wissen – Labours Vision einer alternativen Ökonomie 36

Hinrich Kuhls: Churchills Vermächtnis und Corbyns Erbe 39

Johannes Schulten: Der Kandidat – wie ein Labour-Hinterbänkler zur linken Hoffnung Europas wurde (zu Alex Nunns, The Candidate) 42

68,5 Millionen Menschen auf der Flucht

Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Politischer Sprengsatz: Masterplan Migration 44

Forum Gewerkschaften

Michael Schwemmle: Alles unter Kontrolle? Digitalisierung der Arbeit als Machtverschiebung 52

Otto König/Richard Detje: Gerechtigkeitsfrage Nr. 1 Tarifbindung – Abwärtstrend stoppen 58

Christoph Ehlscheid/Dirk Neumann: Rentenkommission – zwischen Abbau und solidarischem Neuaufbau 61

Sozial-ökologischer Gesellschaftskonflikt

Klaus Dörre: Imperiale Lebensweise – eine hoffentlich konstruktive Kritik Teil 2: Uneingelöste Ansprüche und theoretische Schwierigkeiten 65

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 71

Veranstaltungen & Tipps 72

Marion Fisch: In den Gängen (Filmkritik) 73

Rentenkommission: zwischen Abbau und solidarischem Neuaufbau

von ■ Christoph Ehlscheid und Dirk Neumann

Wer bei dem Stichwort Rentenkommission ein Déjà-vu-Erlebnis hat, liegt so falsch nicht. Bereits vor 15 Jahren fand sich eine Kommission zusammen, um am Ende umfassende Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rente zu adressieren: So waren die Anhebung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung von 65 auf 67 Jahre und die Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors als zusätzlichem Dämpfungsfaktor in der Rentenanpassungsformel zentrale Vorschläge der Kommission. Benannt nach ihrem Vorsitzenden, hatte die Rürup-Kommission im August 2003 nach rund neun Monaten Arbeit einen Bericht vorgelegt,[1] der den bereits zuvor eingeschlagenen Weg der sozialen Kürzungen im Sinne des neoliberalen Zeitgeistes[2] und der Teilprivatisierung und Kapitalisierung der Alterssicherung konsequent fortsetzte.

Am 6. Juni 2018 hat eine neue Kommission ihre Arbeit aufgenommen. Anders als bei der Rürup-Kommission 2002/2003, die sich aus 26 Mitgliedern zusammensetzte, ist das »Expertengremium« diesmal deutlich kleiner aufgestellt. Neben zwei Vorsitzenden – Karl Schiewerling von der CDU und Gabriele Lösekrug-Möller von der SPD – gehören der Kommission acht weitere Mitglieder an: Je drei Vertreter aus der Politik (eine Person aus jeder Regierungsfraktion) und der Wissenschaft sowie mit Annelie Buntenbach für den DGB und Alexander Gunkel für die BDA je eine Vertretung der Arbeitnehmer- wie der Arbeitgeberseite.

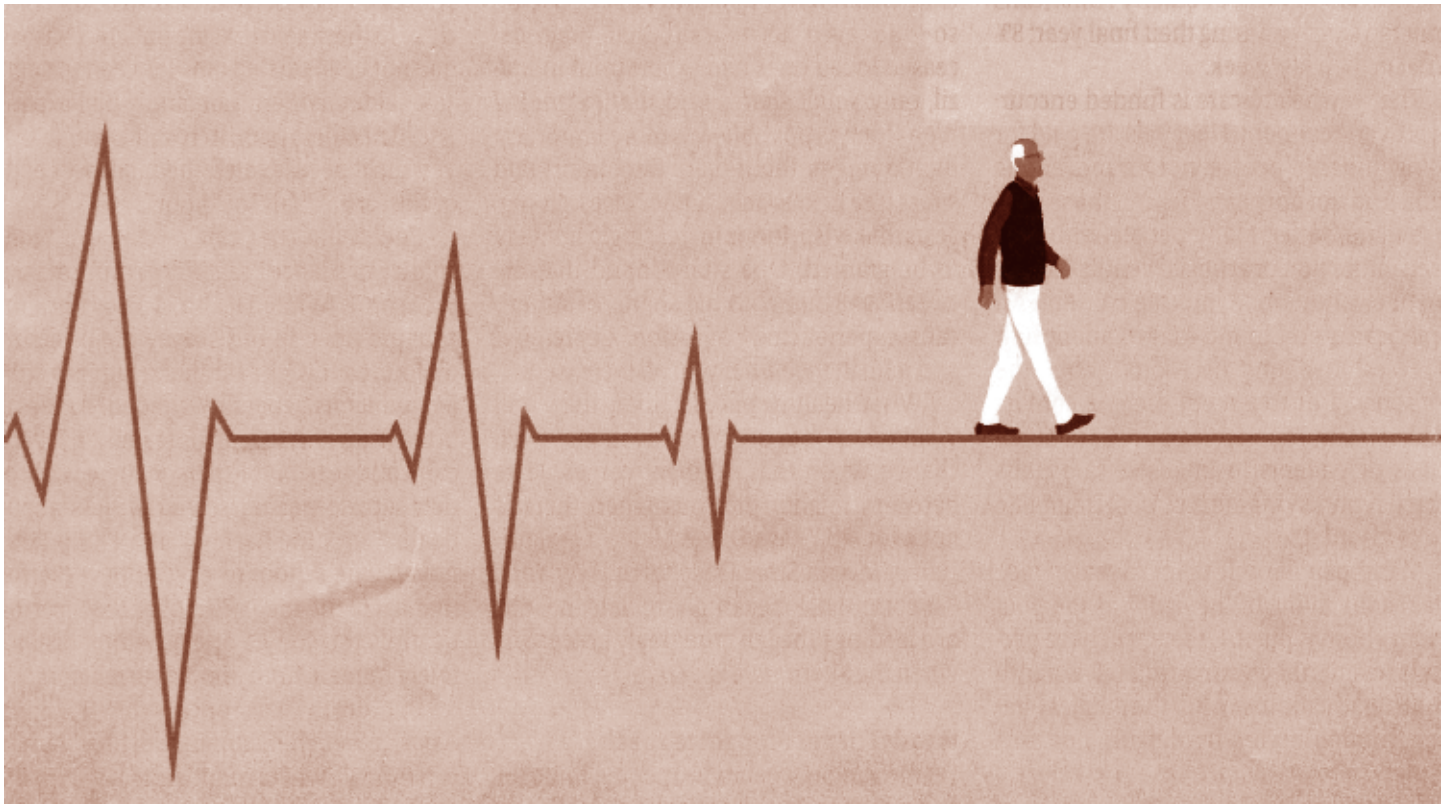
Neue Leistungskürzungen?

Der sozialpolitische Quellcode hat diesmal seinen Ursprung weniger in den Stuben der konzeptiven Ideologen des Neoliberalismus. Vielmehr liegt der politische Ent-

Forum Gewerkschaften

Christoph Ehlscheid ist Leiter des Bereichs Sozialpolitik beim Vorstand der IG Metall. *Dirk Neumann* ist Gewerkschaftssekretär im Ressort allgemeine Sozial- und Arbeitsmarktpolitik beim Vorstand der IG Metall.

[1] Damals nicht allein bei der Rente, sondern auch bei der Kranken- und Pflegeversicherung.



Karikatur: Economist

express
ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Ausgabe 6/18 u.a.:
»Auslassung und Suggestion« – GewerkschafterInnen äußern sich im migrationspolitischen Streit der Linkspartei
Rainer Roth: »Politische Ökonomie der Menschenrechte« – Zur Kritik von Marx an den Menschenrechten der bürgerlichen Revolutionen
»Egal welcher Fisch« – Interview mit S. Habekost und M. Kunze zum Arbeitskampf bei der Vivantes Service
»Befristete Arbeitsverträge« –Die Institutionalisierung von ›Hire and Fire‹ in Indien

Probelesen?! kostenfreies Exemplar per mail oder web anfordern

Niddastraße 64
60329 FRANKFURT
express-afp@online.de
www.express-afp.info

DIE SINNE SCHÄRFEN. JETZT TESTEN:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen unter www.akweb.de

ak
analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

stehungskontext in der immer deutlicher werdenden mehrdimensionalen Strukturkrise des deutschen Alterssicherungssystems begründet: Gute Konjunkturdaten, hoher Beschäftigungsstand und aktuell steigende Renten können eben nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit mittelfristig sinkendem Rentenniveau, steigender Regelaltersgrenze und einer grundlegend gescheiterten privaten Altersvorsorge die »Reform«-Politik der vergangenen beiden Dekaden alles andere als einen zukunftsfesten und funktionsfähigen Neubau hinterlassen hat. Gewerkschaften und Sozialverbände haben mit ihrer Aufklärungsarbeit, ihren Initiativen und Kampagnen die eklatanten Mängel öffentlich herausgestellt und den politischen Druck für eine neue und solidarische Rentenreform deutlich erhöht.[3]

Allerdings ist mehr als offen, ob die Arbeit der Kommission tatsächlich den Weg für die Stärkung der gesetzlichen Renten und deutliche Leistungsverbesserungen ebnet. Zwar soll sich die Kommission »mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung und Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (...) ab dem Jahr 2025 befassen«.[4] Doch bereits im Vorfeld haben sich diejenigen laut Gehör verschafft, die für den Kurs einer an möglichst niedrigen Beiträgen ausgerichteten Rentenpolitik und damit für Einschnitte auf der Leistungsseite der Rentenversicherung bei gleichzeitigem Ausbau der privaten Zusatzvorsorge stehen. So ließ insbesondere Axel Börsch-Supan, Direktor des »Munich Center for Economics of Aging«, der bereits in der Rürup-Kommission vertreten war, nur wenige Tag vor seiner Benennung in die Kommission aufhorchen, als er die aktuellen Rentenpläne der Großen Koalition angesichts partieller Leistungsverbesserungen als »unbezahlbar« kritisierte.[5] Mehr noch: Die Arbeitgeberlobby macht weiter unverhohlen gegen die gesetzliche Rente mobil, schwingt weiter die Abrissbirne und instrumentalisiert das Argument der Generationengerechtigkeit. So ist es wieder einmal die sogenannte *Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)*, die am Tag der Konstituierung der Rentenkommission mit ganzseitigen Anzeigen in überregionalen Tageszeitungen auf sich aufmerksam machte. Plakativ in Szene gesetzt wird jedwede Leistungsverbesserung abgelehnt, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Vielmehr müssten entsprechende Gesetzesentwürfe von der Kommission »auf ihre Auswirkungen auf die Generationengerechtigkeit hin« überprüft werden.[6] Immerhin legen die Finanziers der INSM diesmal offen, wer hinter dem Lobbyverein steckt: Die Anzeige ist unterzeichnet von den Chefs der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie sowie der BDA.

Und offensichtlich ist die jahrelange Vernebelungstaktik der Arbeitgeber nach wie vor fruchtbar. So forderte Alexander Hagelüken in der *Süddeutschen Zeitung* vom 9. Juni 2018, die Jungen müssten endlich aufstehen und votiert unter anderem für ein Arbeiten länger als bis 67 sowie ein günstiges Standardprodukt in der privaten Altersvorsorge. Damit ist eine weitere Konfliktlinie eröffnet: Die vorgeblichen Anwälte der Jungen werden in der Kommission und in den gesellschaftlichen Diskursen, so viel scheint bereits jetzt sicher, die weitere Verlängerung der Lebensarbeitszeit als ausbaufähigen Eckpfeiler propagieren. Das Motto ist recht einfach: Wer das Rentenniveau stabilisieren und den Deckel bei den Beitragssätzen nicht aufbrechen will, der muss die Schraube Renteneintrittsalter nach oben drehen.

Das klingt nun alles nicht nach einem solidarischen Neuaufbau. Vielmehr könnten, wenn sich jene Kräfte durchsetzen, auf der Rentenbaustelle weitere Leistungskürzungen drohen.

Solidarische Agenda

Damit diese Rentenkommission nicht zu einem negativen Déjà-vu-Erlebnis wird, sind die Gewerkschaften gefordert, für ihre Alternativen für einen solidarischen Neuaufbau der Alterssicherung zu werben. Folgende Aspekte müssten sie auf die rentenpolitische Agenda setzen:

Erstens: Lebensarbeitszeitverlängerung ist keine Perspektive! Die Erfahrungen mit der Rente mit 67 sprechen eine deutliche Sprache. Hinter der Er-

höhung der Regelaltersgrenze verbirgt sich nichts anderes als eine weitere Rentenkürzung. So lag das durchschnittliche Zugangsalter in eine Altersrente im Jahr 2016 bei 63,9 (Männer) bzw. 64,2 (Frauen) Jahren – und damit noch immer deutlich unter der alten Regelaltersgrenze von 65 Jahren.[7] Dabei sind diese Zahlen nur von begrenzter Aussagekraft. Denn der Zeitpunkt des Erwerbsaustritts, etwa durch Verlust des Arbeitsplatzes, liegt häufig noch deutlich vor dem Rentenzugang. Die Folge sind hohe, lebenslang wirkende Abschläge bei den Renten. Im Schnitt werden die Renten der Betroffenen um 82,60 Euro im Monat gekürzt.[8] Hinzu kommt: Arbeitslosigkeit im Alter ist weiterhin überdurchschnittlich stark verbreitet und mündet in rund der Hälft der Fälle in Langzeitarbeitslosigkeit. Die Debatte um eine weitere Anhebung der Regelaltersgrenze verbietet sich da eigentlich von selbst, dürfte aber von einzelnen Mitgliedern der Rentenkommission dessen ungeachtet sehr wahrscheinlich in die Diskussion eingebracht werden.

Zweitens: Die Kommission hat die Frage zu beantworten, welches Sicherungsziel der gesetzlichen Rentenversicherung zukünftig zugeschrieben werden soll. Denn über die erste Säule hinaus soll sie sich auch mit der Fortentwicklung der beiden weiteren Rentensäulen befassen.[9] Dabei impliziert der Begriff »Fortentwicklung« bereits, dass es ganz offensichtlich weniger um eine ehrliche Analyse insbesondere der Riester-Rente gehen soll, als vielmehr darum, das sogenannte Drei-Säulen-System der Alterssicherung zu manifestieren. Ein System übrigens, das auf eine Empfehlung der Weltbank aus dem Jahr 1994 zurückgeht,[10] in der Folge von diversen Staaten weltweit umgesetzt wurde und bereits seit vielen Jahren in etlichen Ländern als gescheitert gelten muss.[11] Auch in Deutschland zeigt sich immer deutlicher, dass es in der Praxis höchstens einem Bruchteil der Arbeitnehmer*innen gelingt, ein sinkendes Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung durch zusätzliche, weitgehend ohne Arbeitgeberbeteiligung selbstfinanzierte Privatvorsorge an unsicheren Kapitalmärkten wenigstens ansatzweise auszugleichen.[12] Zugleich widerspricht es dem ursprünglichen Versorgungsauftrag der betrieblichen Alterssicherung, diese zur Ausfallbürgin der gesetzlichen Rentenversicherung zu degradieren. Die Aufgabe der Betriebsrente muss die Ergänzung einer guten gesetzlichen Rente bleiben und kann nicht darin bestehen, die erste Säule teilweise zu ersetzen.

Drittens: Nötig ist eine grundlegende Neuausrichtung der Rentenpolitik. Die IG Metall hat bereits im Sommer 2016 umfangreiche Vorschläge für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung veröffentlicht und damit die rentenpolitische Debatte der letzten zwei Jahre maßgeblich mit vorangetrieben. Der zentrale Bewertungsmaßstab ist aus gewerkschaftlicher Sicht eine Rentenpolitik, die sich wieder am Leistungsziel einer auskömmlichen Rente und nicht an möglichst niedrigen Beitragssätzen orientieren muss. Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit gehören ebenso auf die Agenda wie mehr Verteilungsgerechtigkeit bei der Finanzierung der Alterssicherung. Im Mittelpunkt steht dabei die weitere Entwicklung des Rentenniveaus. Zwar kann die Ankündigung im Koalitionsvertrag, das Sicherungsniveau vor Steuern bis zum Jahr 2025 nicht unter 48% absinken zu lassen, zweifellos als gewerkschaftlicher Erfolg verbucht werden. Es kann aber nicht viel mehr sein als ein erster Teilschritt. Auch über das Jahr 2025 hinaus muss das Rentenniveau stabil bleiben und perspektivisch wieder ansteigen. Andernfalls droht der gesetzlichen Rentenversicherung eine massive Legitimationskrise, wenn das Leistungsniveau in der zweiten Hälfte des nächsten Jahrzehnts seine Talfahrt fortsetzt und gleichzeitig die Beiträge zur Rentenversicherung deutlich steigen werden.

Viertens: Dem Thema Generationengerechtigkeit kommt zweifelsohne eine Schlüsselrolle im rentenpolitischen Diskurs zu. Plädoyers für Leistungskürzungen in der gesetzlichen Rente beginnen immer mit dem Verweis auf die hohen Kostenbelastungen für die Jungen. Doch eine ehrliche Generationenbilanz zeigt ein anderes Bild: Die angeblichen Mündel einer auf Kürzung, Kapitalisierung und Privatisierung ausgerichteten Rentenpolitik sind die Jungen! Wer etwa in den frühen 1980er Jahren zur Welt kam und zum Zeitpunkt der Riester-Reform in das Erwerbsleben eingestiegen ist, der kann heute, mit Mitte 30, sicher davon ausgehen, im Alter mit massivem sozialen Abstieg, wenn nicht gar Armut, konfrontiert zu werden. Denn gerade diejenigen, für die man die Reformen der Vergangenheit mit dem Argument der Generationengerechtigkeit angeblich gemacht hat, müssen sich auf ein immer niedrigeres Rentenniveau einstellen. Wenn die heute 30-40-Jährigen ab dem Jahr 2045 in Rente gehen wollen, wird ihr Sicherungsniveau mindestens 20% unter dem des Jahres 2000 liegen.[13] Dabei sind weitere Leistungseinschnitte wie steigende Abschläge durch die Anhebung der Regelaltersgrenze oder der Verlust von Anrechnungszeiten für verschiedene Formen der Ausbildung noch gar nicht berücksichtigt. Zudem muss

[2] Zu nennen sind hier exemplarisch die Riester-Reform 2001/2002 und die sogenannten Hartz-Gesetze ab dem Jahr 2002.

[3] Vgl. Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid/Dirk Neumann: Alterssicherung – auf dem Weg zu einem Strategiewechsel?, in: Sozialismus 1/2017.

[4] Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, S. 92, Z. 4239ff.

[5] Vgl. www.sueddeutsche.de/wirtschaft/altersvorsorge-rentenplaene-der-koalition-sind-unbezahlbar-1.3955885, eingesehen am 14.06.2018; Gert G. Wagner, Senior Research Fellow am DIW und Vorsitzender des Sozialbeirats der Bundesregierung war ebenfalls in der Rürup-Kommission vertreten und ist jetzt ebenfalls wieder Mitglied der Kommission.

[6] Anzeige der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft u.a. in der Tageszeitung Die Welt am 6. Juni 2018.

[7] Vgl. DRV Bund (Hrsg.): Rentenversicherung in Zeitreihen 2017, S. 138.

[8] Vgl. ebenda, S. 86.

[9] Vgl. Koalitionsvertrag, a.a.O.

[10] Vgl. The World Bank: Averting the Old Age Chrisis, New York City 1994, S. 233ff.

[11] Vgl. Vortrag von Wolfgang Scholz auf der DGB-Tagung »Die Zukunft der sozialen Sicherung« am 26.1.2005, abgedruckt in Soziale Sicherheit 2005, S. 44ff.

[12] Vgl. hierzu Dirk Neumann: Revitalisierung der gesetzlichen Rente?!, S. 19, in: Hans-Jürgen Urban/Christoph Ehlscheid (Hrsg.): Das (sozial)politische Mandat der Gewerkschaften. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7-8/2016, S. 18-25.

[13] So hat das BMAS im Jahr 2016 für das Jahr 2045 ein Sicherungsniveau vor Steuern von 41,7% prognostiziert, während der Vergleichswert des Jahr 2000 bei rund 53% lag. Das entspricht einem Wertverlust beim Rentenniveau von über 21%.

die Kommission die Frage der Generationengerechtigkeit nicht allein aus der Finanzierungsperspektive diskutieren, sondern die gesellschaftliche Debatte darüber fortführen, welches Leistungsziel in welchem zeitlichen Horizont gerade für die heute noch jüngeren Generationen angestrebt werden soll und muss. Dazu gehört auch, eine breite Beteiligung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen zu ermöglichen.

Fünftens: Der Scheinriese »Demografie«, mit dem eine Fülle der sozialpolitischen Grausamkeiten der Vergangenheit unermüdlich begründet wurde, muss auch und gerade von der Kommission auf seine realistische Größe geschrumpft werden. Denn Horrorszenarien helfen in der politischen Diskussion nicht weiter, geht es doch vielmehr darum, aus perspektivischen Entwicklungen die richtigen Schlüsse für politisches Handeln abzuleiten.[14]

Zudem muss gerade derjenige, der mit der demografischen Entwicklung argumentiert, höchste Sorgfalt bei der Datenbasis für Prognosen und Vorausberechnungen an den Tag legen. Es muss unabhängig von späteren Schlussfolgerungen eine der zentralen Herausforderungen für die Rentenkommission sein, hier transparente und für alle gesellschaftlichen Gruppen akzeptable Berechnungsgrundlagen zu erstellen. Denn auch in diesem Punkt zeigt ein Blick auf die Rürup-Kommission, wo die Fallstricke liegen können.[15] So wurden etwa die starren Annahmen zum Wanderungssaldo nach nur rund zehn Jahren von der tatsächlichen Entwicklung durch gestiegene Zuwanderungszahlen deutlich überholt. Und auch die Geburtenrate liegt mittlerweile höher als damals angenommen – nicht zuletzt, weil offensichtlich unterschätzt wurde, dass Frauen in Deutschland heute im Schnitt bei der Geburt des ersten Kindes deutlich älter sind als noch vor zehn oder 20 Jahren.[16] Allein vor diesem Hintergrund sollte die neue Rentenkommission großen Wert bei der Bestimmung von Annahmen für die Berechnung möglicher Szenarien legen, aus denen sie dann ihre Handlungsvorschläge ableiten wird. Entsprechend helfen Berechnungen, bei denen wesentliche Teile der hinterlegten Annahmen im Dunkeln bleiben, weder der Kommission im Speziellen noch der (renten-)politischen Debatte im Allgemeinen weiter.

Ausblick

Ob die Rentenkommission einen Bauplan für den solidarischen Neuaufbau des deutschen Alterssicherungssystems liefern wird, scheint mehr als zweifelhaft. Zu weit liegen Erwartungen und Interessenlagen der unterschiedlichen Akteure auseinander. Während Gewerkschaften und Sozialverbände für Solidarreformen werben, trommelt auf der anderen Seite eine Anti-Sozialstaats-Allianz aus Arbeitgeber-Lobbyisten und neoliberaler Wissenschaft für eine Rentenpolitik, die sich weiter am einmal eingeschlagenen Weg der Unterordnung der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung unter das Paradigma der Beitragsstabilität und der Kapitalisierung und Teilprivatisierung der Alterssicherung orientiert. Dieser »Kulturkampf« wird sicher nicht in der Kommission, sondern in den gesellschaftlichen und politischen Arenen entschieden. Aber die Arbeit der Kommission liefert zweifelsohne politische Anlässe, die es für die eigenen gewerkschaftlichen Kampagnen zu nutzen gilt. Die Gewerkschaften tun daher gut daran, weiterhin ihr sozialpolitisches Mandat anzunehmen und eine offensive Rentenpolitik auf die Tagesordnung zu setzen.

Die IG Metall etwa hat das mit ihren Kampagnen »Gute Arbeit – gut in Rente« und »Mehr Rente – Mehr Zukunft« bereits seit einigen Jahren getan und gemeinsam mit dem DGB und den anderen Einzelgewerkschaften erste Leistungsverbesserungen durchsetzen können (Rente mit 63, Verbesserungen für Erwerbsgeminderte usw.). Dabei können die Gewerkschaften mit der breiten Unterstützung der Beschäftigten rechnen. Die Sorgen um die Absicherung im Alter sind groß und das Thema Rente ist emotional stark besetzt. So haben in den beiden Beschäftigtenbefragungen der IG Metall sowohl die Aufforderung, sich für den Erhalt und den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme zu engagieren, als auch Vorschläge für eine andere Rentenpolitik höchste Zustimmungswerte erzielt. Die Gründe dafür sind wohl auch dem Umstand geschuldet, dass der in den 2000er Jahren vollzogene Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik zurecht als eines jener Kernprojekte des marktradikalen Um- und Abbaus des Sozialstaats wahrgenommen wird, der erhebliche soziale Sicherungsrisiken hervorgebracht und die Lasten so ungerecht zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern verteilt hat. Eine Solidarreform der Alterssicherung kann in diesem Sinne als Kernprojekt einer Bewegung für eine allgemeine Sozialstaatsreform und eine Erneuerung in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ein erhebliches Mobilisierungspotenzial entfalten.

Und mehr noch: Eine offensive und solidarische Rentenpolitik könnte auch eines jener strahlkräftigen Projekte sein, die einen Beitrag dazu leisten, nicht jenen das gesellschaftliche Terrain zu überlassen, die wachsende Status- und Prekarisierungsängste sowie Politikverdrossenheit für ihre menschenfeindlichen Politikkonzepte und ihre völkische Propaganda nutzen wollen. In dieser Hinsicht könnte eine offensive Rentenpolitik auch als fortschrittliche Gesellschaftspolitik verstanden werden. Ganz in diesem Sinne hat der Vorstand der IG Metall Anfang Juni beschlossen, seine Rentenkampagne für eine Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, die Stabilisierung und Anhebung des Rentenniveaus und die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung fortzusetzen.

[14] Vgl. hierzu Erik Türk/Florian Blank u.a.: Den demografischen Wandel bewältigen. Die Schlüsselrolle des Arbeitsmarktes. IMK Report 137, April 2018.

[15] Zu den Annahmen der Rürup-Kommission vgl. Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung: Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin 2003, S. 51-64.

[16] Vgl. www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2018-03/geburtenrate-deutschland-anstieg-statistisches-bundesamt, eingesehen am 15.6.2018.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Weltküche ❒ Müller ❒ Hoff

❒ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ❒ Weltküche ❒ Müller ❒ Hoff

❒ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

❒ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de